

9. Januar 1951
Leute schon im
eure Schwester
ge Mann gleich
kümmert. Aber
als sie erführen,
ankt? fragten
daß ihr nichts
mit dem Pferd
— Eure Mutter
at mir alle diese
haben.
„Ise sein“, sagte
te uns, daß wir
aber sagte er,
r die Heimreise,
für alles, was er
eingen wir mit
Gang hinaus zu
ld hinaufsitzen,
b als borgen zu
voran. Es war
sonnenhellen
en ebenen Platz
mit dem Stier
e wieder da. —

Fortsetzung folgt

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Uhr.
IE

Neu-Breidenbräcker Zeitung

DIE GROSSE HEIMATZEITUNG
GEGRÜNDET IM JAHRE 1874



RHEINISCHE POST



AMTLICHES MITTEILUNGSBLATT
DES LANDKREISES GREVENBROICH

JAHRGANG 78 NR 8

MITTWOCH, 10. JANUAR 1951

PREIS 15 PFENNIG
Samstags 20 Pfennig

Sperrstunden für Gas und Strom Kohlensparmaßnahmen angekündigt — Doppeltes Kontingent für Besatzung

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 8. Januar. Für die Schwierigkeiten in der innerdeutschen Kohleversorgung machte Bundeswirtschaftsminister Erhard in einer Rundfunkansprache am Dienstagabend vor allem die Ruhrbehörde verantwortlich. Während die Bundesregierung sich bemüht habe, die Versorgung zu verbessern, während die deutschen Bergarbeiter zu einer beachtlichen Steigerung der Förderleistungen beigetragen hätten, habe die Ruhrbehörde die deutschen Kohleausfuhrmengen auf einer untragbaren Höhe festgelegt und sich auch jetzt nur zu einer sehr begrenzten Herabsetzung bereitgefunden.

Die Versorgungslage habe sich dadurch weiter verschärft, daß England sich außerstande erklärt habe, die handelsvertragliche Zusage auf Lieferung von 250.000 Tonnen Kohle im Jahre 1951 einzuhalten, und dadurch, daß die Tschechoslowakei ihre ebenfalls vertraglich festgelegte Einfuhr nach Bayern in Höhe von monatlich 100.000 Tonnen gleichfalls eingestellt habe. Außerdem sei der Bedarf der Besatzungstruppen von 550.000 Tonnen im letzten Quartal 1949 auf fast eine Million Tonnen im abgelaufenen Quartal gestiegen. Für den privaten Gas- und Stromverbrauch kündigte Erhard die Einführung von zwei Sperrstunden täglich an. Er bat die Bevölkerung, diese Unannehmlichkeiten in Kauf zu nehmen, damit die Erzeugung gesichert und Arbeitsplätze für Hunderttausende erhalten werden könnten. Er sprach die Hoffnung aus, daß die in der Ruhrbehörde vertretenen Mächte den deutschen Vorstellungen endlich Gehör schenken würden, wenn

man sie davon überzeugen könne, daß man deutscherseits alle Einsparungsmöglichkeiten wahrnehme. Im übrigen werde die Bundesregierung alle Anstrengungen machen, um fühlbare Erleichterungen zu erzielen und eindeutig klarzustellen, daß auch im Februar und März alle Sonderleistungen der Bergleute ausschließlich der Inlandsversorgung, d. h. dem Hausbrand und der Wirtschaft, zufließen könnten.

Gefährdete Energieversorgung 100.000 Tonnen Kohle zusätzlich geordert

Düsseldorf, 9. Januar. (Eigenbericht) Um einen für Ende Januar allgemeinen drohenden Zusammenbruch der Energieversorgung zu vermeiden, forderte ein Sprecher des Landeswirtschaftsministeriums am Dienstag in Düsseldorf die sofortige Bereitstellung und Auslieferung von 100.000 Tonnen Kohle für die Elektrizitätswerke. Andernfalls könne man den Strombedarf für eine Reihe stromintensiver Betriebe kürzen, deren Einschränkung verhältnismäßig einfach zu überwachen sei. Für diese Maßnahme kämen vor allem Werke der chemischen und metallurgischen Industrie sowie die Aluminiumindustrie sowie zu einem gewissen Grade auch Stahlwerke in Frage. Das Stickstoffwerk Köln-Knappschütz z. B. verbrauchte allein soviel Strom wie die Großstadt Essen. Eine Einschränkung der Schaufel- und Reklambelichtung sowie Sperrstunden für die Bevölkerung bringe für die Elektrizitätsversorgung keine Erleichterung.

Besserung erst Ende Februar

Essen, 9. Januar. (dpa) Nach Ansicht des Zentralverbandes der Kohlenhändler kann mit einer Besserung der Versorgungslage nicht vor Ende Februar gerechnet werden. Der Kohlenhandel denke daran, zunächst die Haushalte mit Ofenheizung zu beliefern und dann erst Haushalte mit Zentralheizung. Dafür bestünden jedoch insofern Schwierigkeiten, als keine genauen Unterlagen über den tatsächlichen Bedarf vorhanden seien. Für Januar rechnet der Kohlenhandel für den Hausbrand mit einem Zusatzkontingent von 150.000 Tonnen, während 200.000 Tonnen in Aussicht gestellt worden seien. Wollte man den Haushaltungen nur je einen halben Zentner Kohle zusätzlich zur Verfügung stellen, so würde dies schon einer Gesamtmenge von 400.000 Tonnen entsprechen.

„Kurzfristig positiv“

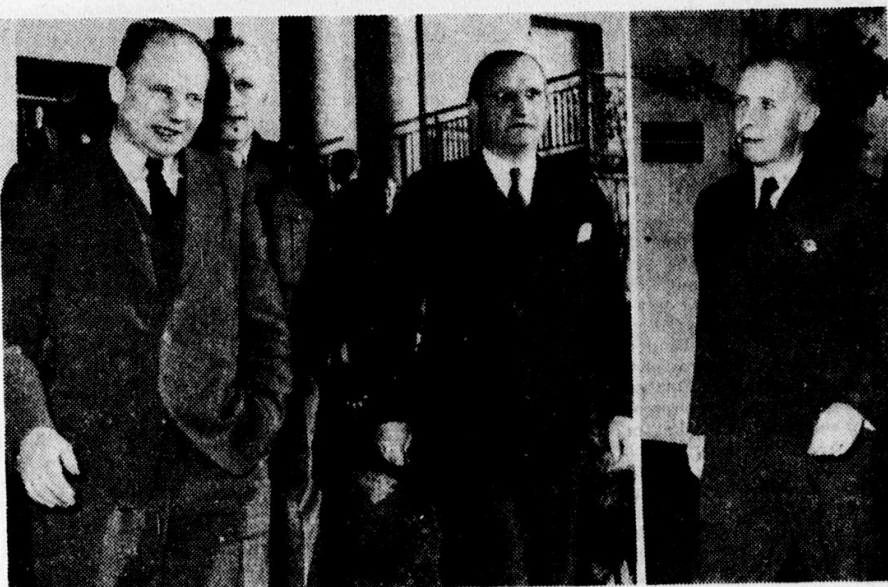
Problem der Restdemontagen soll gelöst werden

Düsseldorf, 9. Januar. (dpa) Die interalliierten Verhandlungen über die Restdemontagen in der Bundesrepublik sind nach authentischen Informationen in ein neues Stadium getreten. Von alliierter Seite werde angestrebt, die meisten noch schwebenden Probleme kurzfristig positiv zu lösen.

Besonders soll dabei an die Wiederverwendung der in Hamburg noch lagernden Grobblechkapazitäten der Ruhrindustrie und den endgültigen Abbruch der 10.000-Tonnen-Schmelzdepression der Dortmunder Hüttenwerke AG im Bundesgebiet gedacht werden. In der Ruhrindustrie wird der Besuch des früheren britischen Deutschlandministers Hynd in Dortmund als ein Zeichen dafür angesehen, daß auch von britischer Seite alles verbinde werden soll, was die durch die Streikdebatte der Gewerkschaften ausgelöste prekäre psychologische Situation unter den Ruhrarbeitern noch komplizieren könnte.

Einigung SPD — FDP in Stuttgart

Stuttgart, 9. Januar. (AP) Die Verhandlungskommissionen der SPD und FDP (FDP) haben sich am Dienstagmittag grundsätzlich darüber geeinigt, daß in Württemberg-Baden SPD und FDP eine Regierungskoalition eingehen. Die Zusammensetzung der neuen Regierung, die voraussichtlich von dem bisherigen Ministerpräsidenten, Dr. Maier (DVP — FDP) geführt, soll Mittwoch bekanntgegeben werden.



Drei Zivilisten und ein General...

... doch der Schein trägt das Verhältnis ist genau umgekehrt. Das Bild zeigt den Bundesdelegationsbeauftragten Theodor Blank, Beauftragter der Bundesregierung für die alliierten Truppen; den französischen General Ganeval, den ehemaligen Generalstabschef Rommels, General Speidel; und den ehemaligen Chef der Operationsabteilung im OKH, General Heusinger. Die Aufnahme wurde nach den ersten deutsch-alliierten Militärbesprechungen gemacht, die am Dienstag auf dem Petersberg stattfanden. Bilder: Eugeis

Einstige Gegner an einem Tisch

Beginn der deutsch-alliierten Militärgespräche in Bonn — Fortsetzung am 16. Januar

Bonn, 9. Januar. (dpa) Zum ersten Male seit Kriegsende saßen am Dienstag deutsche und alliierte Generale an einem Verhandlungstisch zu gemeinsamen Arbeit beisammen. Auf dem Petersberg begannen die deutsch-alliierten Sachverständigen-Verhandlungen über die technischen Möglichkeiten eines deutschen Verteidigungsbeitrages innerhalb einer atlantischen Streitmacht. In einem Kommuniqué, das nach Abschluß der ersten Zusammenkunft aufgegeben wurde, wird erneut der „informelle“ Charakter der Besprechungen betont. Die Besprechungen sollen am 16. Januar fortgesetzt werden.

Am Dienstag nahmen von deutscher Seite der Beauftragte der Bundesregierung für die Unterbringung der alliierten Besatzungstruppen, General Theodor Blank, als Delegationsführer, ferner die ehemaligen Generale Dr. Hans Speidel und Adolf Heusinger sowie Oberst Graf Kielmannsegg teil. Von der Dienststelle für Auswärtige Angelegenheiten war Oberregierungsrat Ostermann erschienen. Den Vorsitz führte der stellvertretende britische Hohen Kommissar Ward, der von dem politischen Berater O'Neill und Stabschef Generalmajor Jones begleitet war. Von amerikanischer Seite waren General Hays, der stellvertretende Hohen Kommissar, und der zweite Stellvertreter, Major Benjamin J. Butler, erschienen. Die Franzosen hatten den stellvertretenden Hohen Kommissar Berard und General Ganeval entsandt.

Die Gesprächspartner wollen vorerst die Unterbringungsmöglichkeiten für zusätzliche

Eisenhower: Diesmal...

... für Frieden und Sicherheit

Brüssel, 9. Januar. (dpa) General Eisenhower traf am Dienstag auf seiner Rundreise durch die europäischen Mitgliedstaaten des Nordatlantischen Paktes in Brüssel ein. Bei seiner Ankunft erklärte Eisenhower: „Ich will eindeutig klarstellen, daß ich diesmal hierher gekommen bin, um mit dem Aufbau einer Organisation für Frieden und Sicherheit mitzuhelfen. Als ich das letzte Mal in

Privataudienz beim Papst

Vatikanstadt, 9. Januar. (AP) Papst Pius XII. wurde den Oberkommandierenden der Atlantikstreitkräfte, General Eisenhower, wahrscheinlich in Privataudienz empfangen, wenn Eisenhower im Laufe dieses Monats nach Rom kommt, verläuft aus Vatikanstädten.

Sechs USA-Divisionen nach Europa?

New York, 9. Januar. (dpa) Die „New York Daily News“ meldet, die militärischen Planungsabteilungen der USA seien sich darüber schuldig geworden, vorläufig sechs USA-Divisionen nach Europa zu schicken. Die ersten Einheiten dieser Divisionen würden binnen 60 Tagen die Reise über den Atlantik antreten.

Kein Brief an Grotewohl

Dr. Adenauer gibt nur eine Presseerklärung ab

Bonn, 9. Januar. (Eigenbericht) Mit einer direkten Beantwortung des Grotewohl-Briefes durch ein Schreiben des Bundeskanzlers an den sowjetischen „Ministerpräsidenten“ sei nicht zu rechnen, wurde in Bonn am Dienstagabend erklärt. Wie die „Rheinische Post“ erfährt, wird der Presseabgabe, die zur gleichen Zeit dem Büro Grotewohls zugeleitet wird.

Das Bundeskabinett und die Fraktionsvorsitzenden berieten am Dienstag gemeinsam über die Form und den Inhalt der Antwort auf Grotewohl. Zwischen der Regierung, den Koalitionsparteien und der Opposition herrschte weitestgehende Übereinstimmung in der grundsätzlichen Beurteilung der Angelegenheit. Man kam überein, daß sich der Inhalt der Antwort

an Grotewohl im wesentlichen darauf beschränken soll, eine Darstellung der Schritte zu geben, die von Seiten der Bundesregierung und des Bundesrates im verflochtenen Jahr unternommen wurden, um durch gesamtdeutsche freie Wahlen der Einigung Deutschlands näherzukommen. Fragen an Grotewohl seien nicht beantwortet, erklärte ein Regierungssprecher am Dienstagabend. In Bonner politischen Kreisen schließt man daraus, daß auf Seiten der verantwortlichen Stellen der Bundesrepublik nicht die Absicht besteht, in ein Gespräch mit der Regierung der Sowjetunion zu treten. Am Mittwoch wird Bundeskanzler Dr. Adenauer am Dienstag gefaßten Beschlüsse in einer Sitzung des Außenpolitischen Ausschusses erläutern.

Für Verständigung in Berlin

Berlin, 9. Januar. (Eigenbericht) Bundeskanzler Dr. Adenauer und Vizekanzler Blücher haben die Berliner Parteivorsitzenden der CDU und FDP telefonisch gebeten, noch einmal die Möglichkeiten für eine große Koalition in Berlin zu prüfen. Auf Grund dieser Intervention wird noch einmal versucht werden, bis zum Freitag d. h. bis zur Wahl des Landtagspräsidenten, zu einer Verständigung auch mit der SPD zu kommen. Das ist insofern bemerkenswert als die Unterhändler der CDU und FDP am Montagabend in weitgehender Übereinstimmung ihre Beratungen über die Bildung einer kleinen Koalition und über die Verteilung der Senatsämter bereits abgeschlossen hatten.

Für große Koalition auch in NRW

Münster, 9. Januar. (dpa) Angesichts der Verschärfung der sozialen Spannungen, so erklärte der Vorsitzende der Landtagsfraktion des Zentrums, Brockmann, am Dienstag in Münster, müsse man Wert darauf legen, jeder Regierung eine möglichst breite parlamentarische Grundlage zu geben, um das Gefühl der Mitverantwortung besonders bei denen zu stärken, die um die Verwirklichung ihrer sozialen Rechte kämpfen. „Warum sollte in Nordrhein-Westfalen nicht das möglich sein, was in Bayern verwirklicht wurde und was der Bundeskanzler Dr. Adenauer für Berlin dringend empfiehlt“, sagte Brockmann.

Einigung SPD — FDP in Stuttgart

Stuttgart, 9. Januar. (AP) Die Verhandlungskommissionen der SPD und FDP (FDP) haben sich am Dienstagmittag grundsätzlich darüber geeinigt, daß in Württemberg-Baden SPD und FDP eine Regierungskoalition eingehen. Die Zusammensetzung der neuen Regierung, die voraussichtlich von dem bisherigen Ministerpräsidenten, Dr. Maier (DVP — FDP) geführt, soll Mittwoch bekanntgegeben werden.

Beschluß — aber keine Einigung

Dr. Weltz zum Länderfinanzausgleich

Düsseldorf, 9. Januar. (Eigenbericht) Der nordrhein-westfälische Finanzminister Weltz setzte sich am Dienstag in Düsseldorf für die Auflösung des Landes Rheinland-Pfalz und eine Neugliederung der Bundesrepublik ein. U. a. schlug er vor, die Regierungsbezirke Koblenz und Trier, wo die Parole „Heimat“ sehr lebendig sei, zu Nordrhein-Westfalen, die Pfalz zu Bayern und den restlichen Teil von Rheinland zu Hessen zu schlagen. Wohlverstanden: Föderalismus sollte wirtschaftlich lebensfähige Länder voraus, mit deren Bildung sich „das ganze leidige Problem des Finanzausgleichs zwischen den Ländern“ größtenteils erledige. Die Ausführungen des Finanzministers gingen von Berichten aus Bonn aus, wonach sich die Finanzminister der Länder über die Frage des Finanzausgleichs auf die Regierungsvorlage „geeinigt“ hätten. Er stellte fest, daß von einer Einigung keine Rede sein könne, sondern daß der Beschluß, wonach Nordrhein-Westfalen von den 280 Millionen des Länderfinanzausgleichs 142 Millionen zahlen solle, mit 22 gegen 12 Stimmen bei neun Stimmenthaltungen gefaßt worden sei. Angesichts der Tatsache, daß für den laufenden Haushalt mit einem Steuerdefizit von 200 Millionen Mark gerechnet werden müsse, sei die Landesregierung verpflichtet, sich ganz besonders gegen den im Regierungsentwurf vorgesehenen Ausstieg der Hochschulkassen zu wenden. Das Schul- und Hochschulwesen sei unbestritten Ländersache. Es gehe nicht an, daß Nordrhein-Westfalen für den bayerischen Einzelne, eine weitere Universität zu errichten zahle, während es eigene Pläne ähnlicher Art zurückstellen müsse.

In Friedland eingetroffene Umsiedler aus Oberschlesien berichteten, daß sich in Oberschlesien immer mehr Deutsche zur Umsiedlung in das Bundesgebiet melden, weil sie sich bei der gegenwärtigen politischen Entwicklung dort sicherer wähnten.

Schäffer droht mit Rücktritt

Gegen eine Verwässerung des Gesetzes über die Mineralölsteuer

Von unserer Bonner Redaktion

Bonn, 9. Januar. Bundesfinanzminister Schäffer hat nach einer Mitteilung unterrichteter Kreise seinen Rücktritt angedroht für den Fall, daß der Bundesrat der Regierungsvorlage über die Mineralölsteuer seine Zustimmung versage. Gegen die Vorlage hat sich in den Bundestagsausschüssen für Verkehr und für Finanzen nicht nur die Opposition, sondern auch die FDP ausgesprochen, obwohl die von der FDP gestellten Bundesminister ihr zugestimmt hatten. Der Finanzausschuß billigte statt dessen einen FDP-Antrag, der nur eine Erhöhung um 8 Pfennig statt der vom Finanzminister geforderten 15 Pfennig pro Liter vorsieht.

Die Mineralölsteuer sollte nach der von Schäffer geplanten Erhöhung dem Bundeshaushalt 450 Millionen Mark einbringen. Nach dem Vorschlag des Finanzausschusses würde sich dieser Betrag um etwa 100 Millionen Mark vermindern, für die andererseits kein Ausgleich gefunden werden kann. Die Regierungsvorlage, die ursprünglich gemäß einem Wunsch des Parlaments möglichst alle Treibstoffe und treibstoffähnlichen Produkte, darunter selbst Steinkohlenteer, Bitumen und andere Erzeugnisse erfassen sollte, war schon während der Vorberatungen stark eingeengt worden, so daß praktisch nur noch eine Steuererhöhung der Dieselöl, des echten Treibstoffes — Benzin, die übrigen, die übrigen. Auch der Bundesrat hatte Schritte gegen die geplante Ausdehnung der Regierungsvorlage angekündigt.

Die CDU/CSU-Fraktion des Bundestages stellte sich in ihrer Sitzung am Dienstag hinter den Regierungsentwurf. Die Betrachtung dieser Frage vom reinen Interessensstandpunkt sei unangebracht, um so mehr, als die Mehraufgaben für das kommende Haushaltsjahr, die heute schon auf 3,65 Milliarden Mark geschätzt werden, auch neue Belastungen für weniger vermögende Bevölkerungskreise mit sich bringen würden.

Deutsche Pässe ab 1. Februar

Bonn, 9. Januar. (Eigenbericht) Ab 1. Februar 1951 werden wieder in der früher üblichen Weise Land- und Oberbürgermeister Pässe an Bürger der Bundesrepublik ausgeben. Daneben behalten die von alliierten Dienststellen ausgestellten sogenannten „vorläufigen Reiseausweise“ ihre Gültigkeit wahr.

„Steuern, bis es weh tut“

Truman kritisiert drastische Erhöhungen an

Washington, 9. Januar. (dpa) Präsident Truman erklärte in einem Brief an den demokratischen Senatsführer Byrd, die Amerikaner müßten Steuern zahlen, „bis es weh tut“, damit „die freie Welt gegen die Drohung einer kommunistischen Aggression bewaffnet werden kann“. In Kongresskreisen wird geschätzt, daß die Regierung im kommenden Haushaltsjahr etwa 75 Milliarden Dollar zur Deckung der Staatsausgaben brauchen wird. Damit würden die Steuereinnahmen des Vorjahres, die mit 50 Milliarden Dollar bereits einen Rekord darstellten, um 25 Milliarden Dollar überschritten.

„Verfassungs- und rechtswidrig“

Ein Rechtsgutachten zu dem Streikbeschuß

Düsseldorf, 9. Januar. (Eigenbericht) Der Lehrer des Zivilrechts an der Kölner Universität, Prof. Dr. Lehmann, hat in einer gutachtlichen Stellungnahme erklärt, daß der von der I.-G. Metall geplante Streik nicht mehr als ein rechtlich zulässiges Kampfmittel angesehen werden könne. Der Streik würde nicht nur verfassungswidrig sein, sondern auch gegen die allgemeinen Grundsätze des Bürgerlichen Gesetzbuches verstoßen. Als rechts- und sittenwidriger Streik verpflichtete er die Gewerkschaften zum Schadensersatz. Der Streik sei auch deswegen rechtswidrig, weil die betroffenen Unternehmen außerstande seien, die Forderungen zu erfüllen, für die gestreikt werde.

Sozialausschüsse „nicht legitimiert“

Düsseldorf, 9. Januar. (Eigenbericht) Unter dem Vorsitz des stellvertretenden DGB-Vorsitzenden Föcher erörterten am Montagabend 42 Gewerkschaftler, die der CDU angehören, die ablehnende

Kleinkaliber noch verboten

Sportschützen bitten die Schweiz um Hilfe

Bonn, 9. Januar. (AP) Deutsche Kleinkaliberschützen wollen sich in der Schweiz auf die Olympischen Spiele 1952 vorbereiten, erklärte der Sportminister in Kleinkaliberschützenverband, Herberich, in Bonn. Im Bundesgebiet ist das Kleinkaliberschießen nach wie vor aus Sicherheitsgründen von den Alliierten untersagt. Alle Waffen und Jagdschneidgerätschaften wurden 1945 beschlagnahmt. Nur eine Betätigung mit der Armbrust und dem Luftgewehr ist innerhalb der Schützengesellschaften erlaubt. Jedoch haben sich die deutschen Schützen an ihre Schweizer Sportkameraden gewandt. Sie wollen erreichen, daß ihnen Präzisionsgewehre, Pistolen, Schießen und Schießstände dort zur Verfügung gestellt werden. Herberich, der gegenwärtig Pförtner des Bundesrates in Bonn ist, hält die Absichten auf Schweizer Unterstützung für „sehr gut“.

Kein Streik bei der Thyssen-Hütte

Duisburg, 9. Januar. (Eigenbericht) Bei Beratungen der Ortsvorstände über die Aktion der I.-G. Metall hat sich verschiedentlich eine geteilte Auffassung über die Kündigung herausgestellt. Während die einen für die Kündigung eintraten, forderten andere, daß man ohne Kündigung in den Streik eintreten solle. Der Ortsvorstand Duisburg der I.-G. Metall beschloß jedoch, in der Duisburger Hüttenindustrie in den nächsten Tagen mit dem Auslegen der Kündigungslisten zu beginnen. Ausgenommen davon wird lediglich die August-Thyssen-Hütte sein, da die I.-G. Metall den Wiederaufbau dieses Werkes nicht durch einen Streik gefährden will.

Neu-Grevenbroicher Zeitung

Berlin — ein Sonderfall

da Berlin ist auf Grund seiner neuen Verfassung ein Staat wie Bremen und Hamburg geworden. Nachdem es seinen Rückhalt an Preußen verloren hatte, war diese Entwicklung unausweichlich, wie es auch über kurz oder lang unausweichlich sein wird, daß es als zwölftes Land dem Bund beitrifft. Staatliche und kommunale Politik fallen in Berlin jedenfalls zusammen. Diese Feststellung ist wichtig im Hinblick auf die Hamburg und Bremen Senat, die wie in Hamburg und Bremen Senat heißt. Noch wichtiger aber ist, daß sich die Berliner Parteien der Sonderstellung Berlins als Vorposten der Demokratie jenseits des Eisernen Vorhangs bewußt sind. Bei den Verhandlungen über ein Regierungsprogramm ist das der Fall gewesen, es hätte sich nicht zu einer weitgehenden Einigung kommen lassen. Die Auffassung von SPD, CDU und FDP führen zusammen. Die Bildung einer Regierungskoalition zwischen den genannten Parteien ist trotzdem vorläufig gescheitert. In der Sache ist es, daß sich über die Aufteilung der repräsentativen Ämter und der Senatssitze ergaben. Die Verhandlungen über ein Koalitionsprogramm breiten sich auf die Aufteilung der Regierungsgewalt aus. Die CDU und FDP über die Bildung einer kleinen Koalition, um nicht zu sagen einer Koalition nach Bonn-Muster.

Es wäre verständlich gewesen, wenn Bundeskanzler Dr. Adenauer, der bisher im Bund wie auch in einzelnen Ländern für eine klare Aufteilung der Verantwortung mit Regierungsparteien auf der einen, Oppositionsparteien auf der anderen Seite eingetreten ist, das begründet hätte. Tatsächlich aber hat er am Montag in Bonn erklärt, er könne nicht glauben, daß alle Möglichkeiten für die Bildung einer großen Koalition bereits erschöpft seien, gerade in Berlin erforderten die nationalen Interessen, wie an keiner anderen Stelle in Deutschland das Zusammenwirken aller positiven Kräfte. Das bedeutet einmal die Anerkennung Berlins als eines politischen Sonderfalls. Zum anderen spricht daraus die Besorgnis, in Berlin könne sich das Verhältnis einer von CDU und FDP gebildeten Stadtregierung zu der sich aus der SPD bestehende Opposition ähnlich unfruchtbar gestalten wie in Bonn. Die Persönlichkeit des bisherigen Oberbürgermeisters, Prof. Reuter, der bei seiner Tätigkeit staatspolitischen Überlegungen weitgehend den Vorrang vor parteipolitischen Interessen gab, hat Dr. Adenauer seine Besorgnis mitgeteilt. Reuter's Ausscheiden wäre auch insofern bedauerlich, als er inzwischen im Ausland ein Begriff geworden ist. Das sollte bei der für Freitag angesetzten Wahl des Senatspräsidenten und der gleichzeitig regierenden Bürgermeister wird berücksichtigt.

Dies brauchte keineswegs zu heißen, daß in Berlin alles beim alten bliebe, und daß keine Folgen aus der Wahlentscheidung gezogen würden, die ein Zeichen der Unzufriedenheit mit der bisherigen SPD-Mehrheit vor allem auf dem Gebiet der inneren Verwaltung Berlins war. Die Verhandlungen über das Regierungsprogramm haben gezeigt, daß sowohl auf dem Gebiet der Kultur- und Schulpolitik, wie auch der Finanz- und Sozialpolitik die SPD zu Zugeständnissen bereit war, und daß sie einer weitgehenden Annäherung der Berliner Rechtsverhältnisse an die Verhältnisse im Bund keinen Widerstand mehr leisten will. Die Streitpunkte sind also weniger sachlich als optisch bedingt. Die SPD, die immer noch die stärkste Berliner Partei ist, möchte den regierenden Bürgermeister und den Präsidenten des Abgeordnetenhauses stellen. Sie beansprucht darüber hinaus das Amt des Senatspräsidenten, der maßgebend für die gesamte Personalpolitik und damit die Personalpolitik des Senats und der Verwaltung untersteht. CDU und FDP widersprechen dem, daß die bei der Wahl zutagegetretene Verschiebung des Kräfteverhältnisses auch in diesen nach außen hin sichtbarsten Ämtern zum Ausdruck kommt. So unbillig das Verlangen der SPD und so billig die Wünsche der CDU und FDP auch sein mögen, es wäre doch richtig, wenn daran eine Einigung endgültig scheitern würde. In Berlin sollte man sich diesen Erkenntnis nicht verschließen und in letzter Stunde zumindest versuchen, eine Koalition zu bilden, die alle positiven Kräfte umschließt. Die Verhandlungen darüber müßten jedoch statt wie bisher auf eine Koalition der Parteien schlechthin, mehr auf eine Koalition der im Sonderfall Berlin besonders bewährten und gemeinsamen Sache dienenden Persönlichkeiten abgestellt werden, wenn sie Erfolg haben sollen. Damit würde gleichzeitig verhindert, daß allein CDU und FDP die Kosten der Einigung zu tragen hätten.

Komödie der Zuversicht

Neuer britischer Autor in Köln

Einer der stichtähtigsten Einwände, den die Theaterbesucher gegen die zeitgenössischen Bühnenschriftsteller erheben, ist die Hoffnungslosigkeit. Zwar haben die Autoren recht, wollen sie die Wirklichkeit nicht beschönigen, daß es nur wenig Hoffnungsstrahlen in der Bedrängnis unseres Lebens gibt. Aber Gerichtstag zu halten ist nur eine unter den Aufgaben des Theaters. Weil unsere Dichter nur selten nach Seher sind, ist zum seltensten Gast auf den Brettern die echte Komödie geworden. Ihr vor allem ist die weltberühmte „Heiterkeit“ der Kunst anvertraut. Man muß also auch den Atem anhalten, wenn nach so vielen analytischen Reinigungsritualen lachend ein Komödienautor die Szene betritt.

Christopher Fry scheint der Mann zu sein, der im heutigen Sumpf von Pessimismus und Desillusion nicht nur die Hoffnung und den Glauben nicht verloren hat. Er hält sich oben auf den Wogen des Zeitstroms gleich Vollenreißern und hat doch Verbindung zur Tiefe des Stroms. Fry ist Briten von Geburtsjahrgang 1907. Als Bühnenschriftsteller begann er im Schatten Eliots. Von seinen Arbeiten kommt als erste eine Verskomödie aus: „Die Dame ist nicht für Feuer“ (The Lady is not for burning). In England ist dieses Stück schon seit 1948 durch einen ungewöhnlichen Erfolg bestätigt. In Deutschland wird es Fry's „Lady“ schwerer haben. Denn die Verständniserleichterung für das Poetische im breiten Theaterpublikum beträchtlich gesunken. Die Form dieser Komödie ist aber keineswegs anspruchsvoll.

Um so einfacher ist der Sachverhalt. Im 13. Jahrhundert soll eine ungläubliche Schöne Frau als Hexe verbrannt werden. Die Menschen des Durchschnitte fürchten den Eros und verkörpern seinen Dämon als den Wider-sacher ihrer Ordnung. Ein entlassener Soldat hat von dieser Welt genug und bemüht sich, ihr zu entkommen, indem er einige nicht bange Mord gesteht. Aber es gelingt ihm nicht, gehakt zu werden. In der Amstube

„Endlich mit dem Hängen aufhören!“

Delegation des Bundestages bei McCloy — Fürsprache für die Landsberger „Rotjacken“

Frankfurt, 9. Januar. (AP/dpa) Eine fünfköpfige Delegation des Bundestages unter Führung des Bundestagspräsidenten Dr. Ehlers führte am Dienstag beim amerikanischen hohen Kommissar McCloy vorstellig, um die Begnadigung der zum Tode verurteilten Landsberger Häftlinge zu erwirken. Der Delegation gehörte neben Dr. Ehlers (CDU), dem Vizepräsidenten des Bundestages, Prof. Carlo Schmid (SPD) und den Bundestagsabgeordneten Höfner (CDU) sowie v. Merkatz (DP) der SPD-Abgeordnete Jakob Altmeyer an, der sich für die Begnadigung der Landsberger Häftlinge einsetzte, obwohl er 39 Verwandte in Konzentrationslagern verloren hat. Prof. Schmid betonte, daß „endlich mit dem Hängen aufgehört werden“ müsse.

Die deutsche Delegation verwies darauf, daß die Todesstrafe in der Bundesrepublik abgelehnt worden sei. Es gehe nicht um Einzelfälle wie Pohl oder Ohlendorf, auch nicht um politische Erwägungen, sondern um Recht und Sittlichkeit. Die Verurteilten seien seit drei Jahren in Ungewißheit über ihr Schicksal. McCloy sagte in seiner Antwort, das Problem sehr ernsthaft prüfen und es mit jeder Entscheidung sehr genau nehmen zu wollen. Er wies jedoch darauf hin, daß er nicht nur die Wünsche der deutschen Öffentlichkeit, sondern auch die des Auslandes berücksichtigen müsse.

Von unterrichteter amerikanischer Seite wurde darauf hingewiesen, daß der Entscheid McCloy's über die seiner Rechtsprechung unterstehenden Landsbergerhäftlinge, darunter 16 der Todesstrafe verurteilten, unmittelbar bevorstehe. Es wurde die Hoffnung ausgesprochen, daß McCloy's Entscheid zusammen mit dem Beschluß des Chefs der amerikanischen Streitkräfte in Europa, Thomas Thand, veröffentlicht werden würde.

„Helgoland bald frei“

London von deutschem Protest beeindruckt — Regierung überprüft die Lage

London, 9. Januar. (Eigenbericht) Die „Invasion“ Helgolands und der Protest der deutschen Bevölkerung gegen die Bombardierung der Insel und gegen das Verbot der Heimkehr der Bevölkerung sind in London nicht ohne Eindruck geblieben. Alles deutet darauf hin, daß die Bombardierung der Insel nicht mehr lange fortgeführt und die Rückkehr der Einwohner erlaubt wird. Ein Sprecher des britischen Auswärtigen Amtes gab am Dienstag bekannt, daß sich die Regierung mit dieser Bitte einverstanden erklärt hat. Es sei nicht ausgeschlossen, daß Helgoland bald freigegeben werde. Die Angelegenheit werde zur Zeit zwischen der Regierung, dem britischen Hohen Kommissar und der amerikanischen Luftwaffe besprochen.

Ergänzend verläuft dazu, daß das Schicksal Helgolands unter dem Gesichtspunkt der deutschen Mitverantwortung an der Verteidigung Europas geprüft wurde. Die „Times“ schreibt dazu, daß Großbritannien keinesfalls mehr allein die Insel für Bombenabwürfe benutzen werde. Wenn man zu der Ansicht gekommen sei, daß die Luftwaffe unbedingt einen Platz brauche, so werde er dann allen Mächten der Atlantik zur Verfügung gestellt. Wahrscheinlich sei jedoch, daß die Flugzeuge sich andere Ziele suchen und bilden, die alle positiven Kräfte umschließt. Die Verhandlungen darüber müßten jedoch statt wie bisher auf eine Koalition der Parteien schlechthin, mehr auf eine Koalition der im Sonderfall Berlin besonders bewährten und gemeinsamen Sache dienenden Persönlichkeiten abgestellt werden, wenn sie Erfolg haben sollen. Damit würde gleichzeitig verhindert, daß allein CDU und FDP die Kosten der Einigung zu tragen hätten.

Wie das NOK in Köln dazu mittelt, ist ein solcher Beschluß bisher nicht gefaßt worden. Die aller Fachverbände hätte, jedoch zum Ausdruck gebracht, daß die Sportler im Hinblick auf die Teilnahme an den Olympischen Spielen in Melbourne, wenn das Deutschlandland weiter Nationalhymne bleiben könne, sei es anzunehmen, daß Prof. Diem, der persönliche Referent des Bundespräsidenten in Sportfragen ist, Prof. Heuß die Wünsche der Sportler vortragen wird.

Die Prosa immer wieder in schwebende Rhythmen übergehen zu lassen. Daß die Komödie trotz ihrer zuweilen handlungsarmen Situationen die Spannkraft behält, ist wohl hauptsächlich auf die Wirkung solcher steigenden Übergänge von der ungebundenen in die gebundene Sprache zurückzuführen. Ein Bühnensstück, das man so lesen und auch lesen wird. (Die im S. Fischer Verlag, Frankfurt a. M., erscheinende Buchausgabe bietet dazu Gelegenheit.)

Nach einem kürzlich bei Barlog in Berlin bereits durchschlagenden Erfolg wurde Fry's „Lady“ jetzt dem Westen in Köln vorgestellt. Friedrich Siems löste die komplizierte Aufgabe der Inszenierung mit bemerkenswertem Einfühlungsvermögen, in der Eigenart des Stückes. Der gleichbleibende, auf einer Bühnenszene errichtete Raum von Walter Goll bewahrt sich dramaturgisch als Rahmen wie als Bild. Mit sicherer Hand hatte Siems die Typen profiliert; bei der Grenze der Karikatur, doch ohne sie zu überschreiten, den Bürgermeistern, die „Trüpfelnase“ von Hans Hetting, den genüßlich dicken Ketzerhörnchen von Willi Busch und den schmachthafnen Kaplan von Heinz Schacht. Ohne das stützende Hilfenittel eines Requisits mußten Friedl Münzer als schwerste Haushälterin, Becker und Werner Ueding auskommen. Die Kabinettstudie eines Ratschreibers gelang in wesenhafter Darstellung Kurt Beck, der — anders als die Vernunft — es gewollt — die hübsche junge Mädchen (Christi Schwerdt) ergötzt bekommt. Die beiden Hauptgestalten wurden von Rolf Hennig (Gollat) und Irmgard Först (die „Hexe“) schlagartig gemacht. Besonders Henninger gelang weitgehend das Transparenz des Sprachlichen. Dem reinen Sprachkomödie entzogen Publikum gab der Regisseur durch szenische Einfälle manche Hilfen, die auch über schreibbare Längen der Handlung hinwegführten. Die Kölner Aufführung fand schmerzendes Verständnis und anhaltenden Beifall. Aber noch nicht einmal die Premiere in den kleinen Kammerspielen war voll besetzt.

Johannes Jacobi

licht werden könne, der über etwa 400 Landsbergerhäftlinge, unter ihnen die übrigen zwölf Todesstrafe, zu entscheiden habe.

„Auch alliierte Kriegsverbrecher ... gehören vor Gericht“, sagt Stauffenberg

Bonn, 9. Januar. (AP) Alliierte Kriegsverbrecher in Korea müßten genau so bestraft werden, wie deutsche nach dem letzten Krieg bestraft worden sind, erklärte Hans Christoph Freiherr v. Stauffenberg am Dienstag vor der Presse: Stauffenberg ist ein Vetter des Hitler-Attentäters und Vorstandsmitglied der „Deutschen Union“. Er verlangte gleichzeitig, daß die Verbrechen gegen die alliierten Kriegsverbrecher „rechtlich und verfahrensmäßig einwandfrei“ geübt werden, als das mit deutschen Angeklagten in vielen Fällen geschehen ist.

Alle alliierten Kriegsverbrecher bezeichnete Stauffenberg „Offiziere und Mannschaften, die sich beim Einmarsch in Deutschland vergewaltigten, Plünderungen und Diebstahl zuschulden kommen ließen“ sowie die Urheber des Morgenthau-Planes, „der sich mit dem Verstoß gegen das Völkerrecht in keinerlei Einklang bringen ließ“. Stauffenberg erklärte, daß die „Rotjacken“ in Landsberg seit Jahren auf ihre Hinrichtung warteten, sagte Stauffenberg.

Landtagsabgeordneter Steffensmeier

Essen, 9. Januar. (Eigenbericht) Im Alter von 57 Jahren ist das Mitglied der CDU-Fraktion im nordrhein-westfälischen Landtag, Dr. Heinrich Steffensmeier am Montag an einem Herzschlag verstorben. Steffensmeier gehörte schon vor 1933 dem Zentrum an und wurde 1946 Lizenzträger des dem Zentrum nahestehenden „Rhein-Ruhr-Zeitung“ in Essen. Mit Dr. Spiecker setzte sich Steffensmeier besonders nachdrücklich für einen Zusammenschluß des Zentrums mit der CDU ein. Als dieser scheiterte, trat Steffensmeier aus dem Zentrum aus und schloß sich der CDU an. Als Persönlichkeit wie als Politiker ist ihm in Nordrhein-Westfalen ein ehrendes Andenken gewidmet.

Dr. Heinemann disanziert sich

Essen, 9. Januar. (dpa) Bundesinnenminister a.D. Dr. Heinemann disanziert sich am Dienstag in Essen von der Mitteilung aus Hannover, er habe zusammen mit dem hessischen Kirchenpräsidenten Martin Niemöller, dem früheren niedersächsischen Landwirtschaftsminister Dr. Grottel und dem Vorsitzenden des sogenannten Naheimer Kreises, Prof. Naack, eine Interessengruppe gebildet. Er habe zwar mit Dr. Grottel auf Einladung von dritter Seite vor Weihnachten gesprochen. Es sei jedoch unwahr,

nach amerikanischem Urteil haben, sich damit amerikanische Stellen eines Verbrechens gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht.“ Stauffenberg verwies auf die Urteilsbegründungen des Nürnberger Militärtribunals zum Wilhelmstraßenprozeß, wonach es ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist, wenn „ein zum Tode Verurteilter Mord- oder sonderart grausam“ nicht wisse, ob der nächste Tag sein letzter sein werde.

„Nur die Verlierer ... abgeurteilt“, sagt Reuders Verteidiger

Brüssel, 9. Januar. (AP) „Nur die Verlierer eines Krieges werden abgeurteilt und noch dazu von den Siegern“, erklärte der belgische Verteidiger des Regierungspräsidenten Reuders, Rechtsanwalt Wilmers, am Dienstag im Brüsseler Falkenhause-Prozess. Der Anwalt forderte die Errichtung eines internationalen Gerichtshofes, der über Kriegsverbrecher sowohl der Sieger als auch der Besiegten Recht zu sprechen habe.

Zur Verteidigung Reuders, des früheren Chefs der deutschen Zivilverwaltung in Belgien, zitierte Wilmers die Aussagen von Reuders, der behauptet, daß sich Reuders für eine ausländische Behandlung der belgischen Bevölkerung einsetzte.

daß dabei eine gemeinsame politische Organisation beschlossen worden sei, oder daß man sich unter den Gesprächspartnern „über die zu beschreitenden Wege geeinigt“ habe.

Fälschung oder Mystifikation

München, 9. Januar. (AP) Das Zentralorgan der SED „Neues Deutschland“ hatte Silvester zwei Aushebungen westdeutscher Politiker, zum Briefe Grothmanns, veröffentlicht. Diese Politiker, der bayerische Arbeitsminister Dr. Ochse (SPD) und der frühere Staatssekretär Dr. Griesinger (CDU) haben sich öffentlich erklärt, daß es sich bei der Veröffentlichung entweder um eine Mystifikation oder um eine glatte Fälschung der Kommunisten handle. Sie seien nie um ihre Meinung zum Briefe Grothmanns gefragt worden.

Erste Turbine der Moselstaute in Gang

Köln, 9. Januar. (AP) Die erste Turbine der Moselstaute wurde in Gang gesetzt. Mit Hilfe der Staute wurde 60 Millionen Kilowattstunden gewonnen. Gleichzeitig ermöglicht sie das Befahren der Mosel durch kleinere Schiffe bis Trier.

450 Jahre Anna-Verehrung in Düren

Düren, 9. Januar. Die Annastadt Düren feiert von Donnerstag bis Sonntag die 450. Wiederkehr des Tages, an dem der kostbare Reliquien der Stadt, ein Hirschkopf der hl. Anna, von Mainz nach Düren gebracht wurde. Die Anna-Reliquie wird für diese St. Anna-Notkirche ausgestellt.

Niers-Verband braucht 27 Millionen DM

VIERSSEN. In einer Besprechung zwischen dem Niers-Verband und Landtagsabgeordneten wurde beschlossen, einen Antrag an den Landtag zu stellen, nach dem der Wirtschaftsausschuss beauftragt werden soll, 5 Millionen DM für die Niersregulierung und Reinigung der Abwässer bereitzustellen. Das Gesamtprojekt erfordert etwa 27 Millionen DM.

Vom Güterzug erlauft und mitgeschleift

DINSKALDEN. Ein 19jähriger Bauhilfsarbeiter war auf dem Bahnhof auf einer Bank eingeschlafen, nachdem er mit seinem Bruder gezecht hatte. Der junge Mann fiel von der Bank und wurde von einem Güterzug erlauft und eine Strecke mitgeschleift. Er erlitt dabei schwere Verletzungen, daß er innerhalb kurzer Zeit verstarb.

Neue Spannbetonbrücken auf der Versuchsstrecke

DUISBURG. Eine 2 1/2 Kilometer lange Güterzugversuchsstrecke auf der neuen Spannbetonbrücken verlegt worden sind, wurde zwischen Duisburg und Großenbaum gebaut. Die neuen Schwellen wiegen 250 kg, Holzschwellen 120 bis 150 kg. Sie sollen viele technische Vorteile haben. Wegen ihrer Schwere müssen sie mit Hilfe besonderer Geräte und Portalkran verlegt werden.

Güterumschlag in Düsseldorf rückt rückwärts

DÜSSELDORF. Der Schiffsverkehr rückt rückwärts. Die Umschlagmenge im Hafen ist von 145 287 t im November auf 126 314 t im Dezember zurückgegangen. Der gesamte Güterumschlag betrug im Jahr 1950 1 258 160 t gegenüber 1 086 237 t im Jahr 1949.

Wuppertaler Ruhmeshalle droht einzustürzen

WUPPERTAL. Die bombenbeschädigte Ruhmeshalle, deren Südfügel wiederaufgebaut worden war, droht zu einstürzen. Man nimmt an, daß Strohdeile aus dem zerstörten Gebäude Träger herauslösen wollten, wobei ein schwerer Motor auf die darunterliegende Decke fiel und neue Spannungsverhältnisse unterhalb der Mauer verursachte.

Hebeltag mit Schokoladenplakette

Der Hebeltag, der alljährlich viele tausend Freunde des Dichters aus dem ganzen alemannischen Sprachgebiet in der süddeutschen Grenzstadt Löffelbach zusammenführt, soll in diesem Jahr am 20. Mai abgehalten werden. Es sind Bemühungen im Gange, neben den Schweizer Hebel-Freunden auch den elsässischen Verehrern Johann Peter Hebel's erstmalig wieder in größerem Umfang an der Teilnahme am Löffelbacher Hebeltag zu ermöglichen. Die Plakette zu dieser Veranstaltung soll in diesem Jahr aus Schokolade hergestellt werden. Sensible Naturen trösten sich, wie verläutet, in dem Bewußtsein, daß die Alemannen ihren Hebel „halt zum Fressen gerne haben“.

Chronik des geistigen Lebens

Jean-Paul Sartre arbeitet an einem Stück, das in Deutschland zur Zeit der Reformation, unmittelbar vor den Bauernkriegen, spielt und den Titel „Le Diable et le bon Dieu“ (Der Teufel und der gute Gott) tragen soll. Die Handlung, die sich in einer großen Zahl von Bildern abwickelt, ist nicht historisch, sondern enthält Anklänge an aktuelles Geschehen. Die Uraufführung findet Ende März im Theater „Le Petit“ in Paris statt. T. S. Eliot hat in einer Filmversion seines Schauspiels „Mord im Dom“ eine Rolle übernommen. Das Manuskript ist vom Autor gegenüber dem Originaltext um einige Szenen erweitert worden. Der Film wird in der Inszenierung von G. M. Hollinger in diesem Jahr in London aufgeführt.

Das Staatstheater Braunschweig hatte unter der Leitung von Walter Bruno 11/2 im Dezember 1950 mit einer Gesamteinnahme von annähernd 130 000 DM die höchste Monatssumme seit der Währungsreform.

Die Stadt Dortmund zeigt in ihrem Museum am Ostwall vom 13. Januar bis 11. Februar die „Sammlung Haubrich“ als Leihgabe des Kölner Waltraut-Richartz-Museums. Prof. Hermann Abendroth, Weimar, gab in Moskau mit dem Staatlichen Symphonieorchester der Sowjetunion sein erstes Konzert in der UdSSR. Die Mitglieder der Berliner Akademie der Künste, Johannes R. Becher, Bert Brecht, Anna Seghers und Arnold Zweig, haben am Dienstag in einem Aufruf die westdeutsche Schriftsteller aufgefordert, sich zu beteiligen, welche Einzelheiten sich zur Erhaltung des Friedens und der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland bieten.

ZUM TAGE

Rotes Gold

schma. Sobald dunkle Wolken am politischen Horizont aufziehen, ist eine Flucht in die Sachwerte im allgemeinen und eine Jagd nach Gold im besonderen zu beobachten. Im vergangenen Jahr wurde diese Tendenz durch den Korea-Konflikt ausgelöst. Jetzt erhielt sie durch die chinesischen Erfolge neuen Auftrieb. Wieder gilt der alte Satz: Am Gold hängt, zum Golde drängt doch alles. Niemand fragt danach, wozu es kommt, ob es gelb oder schwarz ist. Und gerade das letztere bedeutet sich gegenwärtig im Angriff. Durch systematischen Goldverkauf verschaffen sich die Sowjets besonders auf dem Wege über die Schweiz die Dollars zum Einkauf strategischer Rohstoffe. Wichtigste Goldhandelsplätze für Europa und Nahost sind Zürich, Mailand, Tanger und Beirut geworden. Der Preis für die Unze Feingold wurde in überraschend kurzer Zeit von 38 auf 41 Dollar getrieben, und diese Aufwärtsbewegung hält an. Die rote Spekulation streut geflissentlich das Gerücht von einer drohenden Dollarabwertung aus. Schon ist auch Paris vom „Goldfieber“ befallen. Sollte es sich um eine Abwertung kommen? Es ist nicht zu leugnen, daß das gewaltige Rüstungsprogramm der USA inflatorische Gefahren birgt. Schon sind die amerikanischen Banken zu einer Erhöhung ihrer Reserven angewiesen worden, um auf diese Weise überschüssige Kredite einzufrieren. Andererseits besteht kein Zweifel darüber, daß die Washingtoner Regierung nicht nur alle Vollmachten, sondern vor allem auch die notwendigen Mittel dafür besitzt, einer Dollarabwertung vorzubeugen. Wenn die USA 1950 für etwa 1,5 Milliarden Dollar Gold zur Bezahlung strategischer Rohstoffe abgegeben haben, so ist dies angesichts des fast Fort Knox schmelzenden Goldes im Werte über 38 Milliarden Dollar noch kein spürbarer Aderlaß. Der Dollar wird allen Spekulanten und dem Angriff des roten Goldes zum Trotz hart bleiben. Daran ist kein Zweifel.

SPIEGEL DES WESTENS

Ehrenbrief zum goldenen Dirigentenjubiläum

HATTINGEN/RUHR. Der Ehrenbrief des Deutschen Sängerbundes wurde dem Märrcherleiter Musikdirektor Willy Griesbeck, Gevelsberg, zu seinem goldenen Dirigentenjubiläum überreicht.

Reiterhochzeit — Tagesereignis in Detmold

DETMOID. Eine bekannte lippsche Turnierreiterin trat in einer vierstündigen Kutschfahrt zum Trautal an. Hinter der Kutsche ritten in langer Kaskade die Mitglieder des Lippschen Reitervereins in ihren bunten Rücken und mit Ständern. Der Brautpaar ist ebenfalls begeisterter Turnierreiter.

Diese Züge fallen aus

Berufsverkehr wird nicht beschränkt

KÖLN. Ab heute fallen auf Grund der Kohlenknappheit im Bereich der Kölner Eisenbahnstrecke folgende Züge aus: D 232/2 Köln-Braunschweig und zurück; D 232/6 Köln-Braunschweig und zurück; D 304/0 Düsseldorf-Bad Homburg und zurück; D 58/7 Dortmund-Passau und zurück; D 57/8 Bonn-Frankfurt und zurück; D 58/8 Köln-Hamburg und zurück; D 170/69 Köln-München und zurück; D 207/208 Aachen-Dortmund und zurück; D 207/208 Köln-Dortmund und zurück; D 404/403 Krefeld-Nürnberg und zurück; D 162/61 M. Gladbach-Helmstedt und zurück; — E 112/61 M. Gladbach-Helmstedt und zurück; D 309/301 M. Gladbach-Helmstedt und zurück; E 202/201 M. Gladbach-Helmstedt und zurück; E 245 in der umkehrten Richtung; D 190/191 zwischen Bielefeld und Münster und in beide Richtungen; E 551: Krefeld-Düsseldorf sowie der Gegenzug F 501: Krefeld-Düsseldorf und zurück; D 1318: Düsseldorf-Krefeld. Der Berufsverkehr ist von diesen Beschränkungen nicht betroffen.

Veränderlich

Wetterlage: Kühle Meeresluft strömt nach Westdeutschland. Ein neuer Sturm aus dem Nordwesten weht, bringt Einbußen und Regen. — V o r s a g e: Zunehmend kühl, bis Freitag. Später Einbußen und Regen. Temperaturen wenig verändert, nachts um null Grad. Weitere Aussichten: Weiter unbeständig.

Pegelstand des Rheins

Von Konstanz bis Emmerich

DÜSSELDORF. 9. Januar. Konstanz (vom Vorgebirge) 278 (+-0), Rheinfelden 201 (+-1), Biskaya ostwärts wandert, bringt Einbußen und Regen. — V o r s a g e: Zunehmend kühl, bis Freitag. Später Einbußen und Regen. Temperaturen wenig verändert, nachts um null Grad. Weitere Aussichten: Weiter unbeständig.

Kulturrelles — kurz notiert

Kulturrelles-Archiv kommt nach Lindau

Lindau. (AP) Das amerikanische Franklin-Institut, das die Porsche auf allen Gebieten fördert, den internationalen Austausch von Dorenten und Studenten pflegt, will noch in diesem Jahr in Lindau eine Zweigstelle einrichten. Mit dem Franklin-Institut kommt auch das Schiller-Archiv nach Deutschland, dessen Bestände zu Beginn des NS-Regime nach der Schweiz verlagert wurden. Auch die musikwissenschaftliche Spezialsammlung von Prof. Matzke wird angegliedert werden. Zum Leiter des deutschen Instituts wird Prof. Hermann Leicht (Zürich) bestellt werden.

Italiener für Rückgabe deutscher Institute

Rom. (dpa) Führende italienische Gelehrte haben an des italienischen Außenministerium eine Eingabe gerichtet, um die baldige Rückgabe der seit Jahrzehnten in Rom und Florenz anwesigen und seit Kriegsende beschlagnahmten deutschen wissenschaftlichen Institute in deutsche Hände zu erwirken. Die Unterzeichner der Erklärung weisen auf die große wissenschaftliche Leistung der deutschen Institute hin. Es sei zu hoffen, daß die Institute durch die Rückgabe in deutsche Hände wieder auf ihre alte wissenschaftliche Höhe gebracht werden können. Bisher haben 109 Gelehrte die Erklärung unterzeichnet.

Zum ersten Male nach dem Kriege trafen sich 70 Sekretäre der katholischen Arbeiterbewegung der CAJ aus West- und Süddeutschland zu einer Schulungsagung in Fribourg. Redakteur Ebert, Vizepräsident Dr. Schmitt (Köln) und der Vorsitzende der KAB Westdeutschlands, Landtagspräsident Gokken (Düsseldorf) gaben Einblick in die politische und volkswirtschaftliche Lage.

Die seit hundert Jahren von der Evangelischen Weltallianz regelmäßig veranstaltete Gebetswoche ist für 1951 am Sonntag in allen Teilen der Welt eröffnet worden. Die einzelnen Tage der Gebetswoche sind den Völkern und ihren Regierungen, der Mission, der Familie und der Jugend gewidmet.

Am 29. Dezember starb im 86. Lebensjahr Domkapellmeister Prof. Msgr. Hermann Spies in Salzburg. Er entstammte einer kinderreichen Lehrfamilie aus Rommelskirchen (Kr. Grevenbroich). Durch seine Kompositionen war er weit über seine Heimat Salzburg hinaus bekannt. Sie erklärten auch in vielen Gottesdiensten der Erzdiözese Köln, so wiederholt in der Herz-Jesu-Kirche Ürdorf.



Das war ein windige Straßenecke flog eine Kopl. Dies und das Und dann sollte doch schicken den Fotograf Streik auf seinen Film breit war kein Streik noch nicht einmal für Fragen wir einen, den Dingen Beschel w Streik? Er weiß verlei hat sowas in den Ta ja, aber die Organisat gation ...

Selbstverständlich ist ein Schreibstiftesweg gekloppt und dann schnell zum Kranken in nem Wagen quer zum der Fahrer, der mit reise ist, wurde um 12 an die Mütze legen, um gense Herr Direktor, Viertelstunde streiken Das ist ein komple

Wieder

Die Ortsgruppe Süd statten. Zur Gildesammlung, Vorsitzenden einen allgemeinen U Landes- und Bundes Jahre dank der zuse V. d. K. erreicht, wung in der Ortsgrupp günde. Heute zähle glieder. Nach dem Richt der Kassenprüf Entlastung erteilt. Kreis verbandsvorsitz schiedenen Vorstan gnommen. Am 1. wurde Lehrer W. Kasserer P. Schulten Kasserer P. Schulten wurde Heinz-Wilhelm Passens und Frau schied. Die Kassenprüf, B. lings, Kassenprüfer M Für die Jahresha verbandes wurden Kreisgeschäftsführer Erläuterungen zum gesetzte. Er ersucht sich 50prozentig erw bisher nach der Zahl trag von 120 DM er Erhöhung stellen kö nerhalb eines halben Vorsitzender W. die diesjährigen K Kinder der Bes jett schon besorg evtl. Beihilfen keine An Stelle eines Son 7 Jahre ein Ausflus d findet im Treppchen eine karnevalistis von den „Lachenden wird. Die nächst 13. 2. im Lindenhof

Sextant

Wie wir vom Gymnasium Neu anstalt ab 1. Febru von Montag bis Fr 12 Uhr Anmeldung Die Aufnahme des Gymnasiums wird gemacht, deren T ministerium bekannt

Geh

Alle Rechte durch Mass Verlag Münd

Brigg vermoe dringen. Jeder V „Assunta“, p den Kopf zur S und tauchte tie und schwebende Der Tanz gefü echor, mit gefü Briggs, der zeu wollte der Jun betrunken und er konnte scho dem Burschen i

Es wurde late wenn das Orche ein paar Stimm Lieder zu gröh klang dazwisch füllten den Rau zer Zigaretten Jim Jenkins ein wenig Assunta, aber nickige Steuer Jenkins ließ e Briggs eine Glüh zehne Blüten Augen leuchten „Prof. alte merkte er, wi absuchten und pluckte ein drittes.

Jim Jenkins stellte es sch zu Brigg. A verändert: „Hören S

